

Weilburger Tageblatt.



(Anzeiger für Weilburg und Umgegend)

Stadtsblatt der Stadt Weilburg • In sämtlichen Bürgermeistereien des Oberlahnkreises gehalten

Bezugspreis: Erscheint an jedem Werktag und kostet abgeholt monatlich 70 Pfg., bei unseren Auszählern monatlich 80 Pfg., vierteljährlich durch die Post ohne Bestellgeld RM. 2.40.

Verantwortlicher Schriftleiter: J. B. Albert Pfeiffer, Weilburg.
Druck und Verlag: S. Lipper & M. B. S., Weilburg.
Telephon Nr. 24.

Inserate: die einspaltige Harmonizelle 15 Pfg., haben bei der großen Verbreitung des Blattes nachweislich den besten Erfolg. Inseratenannahme: Kleinere Anzeigen bis 8 Uhr morgens, größere tag vorher.

Nr. 60.

Dienstag, den 12. März 1918.

57. Jahrgang.

(Nachdruck verboten.)

Vor einem Jahr.

12. März 1917. Im Westen wurde die Gefechts-tätigkeit an vielen Stellen lebhafter, bei Beaudains schlug ein englischer Vorstoß verlustreich fehl. In der Champagne griffen die Franzosen nach Trommelfeuer wiederum an; eng begrenzten Raumgewinn erkaufte der Feind mit blutigen Opfern. — Im Osten lagen mehrere Abschnitte bei klarer Sicht unter russischer Artillerie-wirkung die Kämpfe erwidert wurde. Bei Larnopol wurde von Stoßtruppen mit Umsicht und Schneid ein Unternehmen durchgeführt, bei dem große Beute gemacht wurde.

Der Krieg.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 11. März. (W. B. Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Artillerie- und Minenwerfertätigkeit lebte am Abend mehrfach auf. Regere Erkundungstätigkeit hielt an. Eigene Abteilungen drangen an mehreren Stellen der französischen Front in der Gegend von Armentières und auf dem östlichen Maasufer in die feindlichen Gräben ein und brachten Gefangene und Maschinenge-wehre zurück. Bei einer deutschen Unternehmung nord-östlich von Reims trat wiederum eine in letzter Zeit mehrfach beobachtete, auf der Kathedrale von Reims angebrachte Blinkstellung der Franzosen in Tätigkeit.

Hauptmann Ritter von Lütkefeld und Leutnant Wüsthoff errangen ihren 27., Oberleutnant Bethge seinen 20. Luftsiege.

Ostern. Feindliche Banden wurden bei Bucumatsch, nordöstlich von Kiew und bei Rishelnaja an der Bahn Sberinga—Odessa zerstreut.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Kampf zur See.

Berlin, 11. März. (W. B. Amtlich.) Unsere 11 Boote haben im Sperrgebiet um England 18 500 Dr.-M.-S. Schiffsraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen waren 2 Engländer, nämlich der bewaffnete Dampfer Dalwood (2420 Dr.-M.-T.) mit 8000 T. Kohlen für die englische Flotte in Scapa-Flow und der bewaffnete Dampfer Lango (1764 Dr.-M.-T.) mit 2400 T. Kohlen für Belast; 2 weitere Dampfer, darunter einer von 4600 Dr.-M.-T. hatte als Ladung Masut und Öl an Bord.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Hilfskreuzer „Wolf“ in Lübeck.

Lübeck, 11. März. Der Hilfskreuzer „Wolf“ legte gestern nachmittag 3.30 Uhr in Travemünde an und erreichte in 1½ Stunden Fahrt den bekanntlich für größere tiefgehende Schiffe geeigneten Lübecker Hafen, um hier einen Teil seiner Ladung zu löschen. Bei der Einfahrt in den Hafen wurde das Schiff vom Hafenmeister, von dem Ortskommandanten, den Senatmitgliedern sowie von der Bevölkerung lebhaft begrüßt, was die Besatzung mit dreifachem Hurra auf die Stadt Lübeck erwiderte. Unter Glockengeläute legte das Schiff an dem Hafenkai an.

Der Luft-Krieg.

Fliegerangriff auf Mainz.

Mainz, 11. März. (H.) Am Samstag nachmittag gegen 1.30 Uhr griffen etwa neun feindliche Flieger die Stadt Mainz und Umgebung von großer Höhe aus (ca. 4000 Meter) an. Durch Abwurf von etwa 16 Bomben wurden in verschiedenen Stadtteilen acht Personen (3 Militärpersonen, 4 Frauen, 1 Kind) getötet, einige wenige verletzt. Militärischer Schaden wurde nicht angedeutet, im übrigen beschränkt sich der Sachschaden auf Beschädigung mehrerer Gebäulichkeiten, an denen ins-sonderheit viele Fensterscheiben zertrümmert wurden.

Die Flieger über Paris.

Genf, 10. März. Die Pariser Blätter berichten über den deutschen Fliegerangriff. Der Alarm erfolgte gegen 9 Uhr abends, als schon die ersten Bomben in die Vororte fielen. Die Pariser Bevölkerung konnte in den bombensicheren Hallen der U-Bahnstationen Einlass finden. Auch diesmal haben die nördlichen Stadtbezirke am meisten gelitten. Über die Zahl der deutschen Flieger-

gruppen, die die Stadt überflogen, werden verschiedene Angaben gemacht, weil es unsicher ist, ob diese oder jene Gruppe nicht mehrmals gezählt wurde. Die Verfolgung wurde von Paris zuerst, später auch von London aufgenommen. Die Zahl der Pa-iser Toten und Ver-wundeten wird zwischen 30 und 40 angegeben. Die deutschen Apparate blieben die ganze Zeit über in be-trächtlicher Höhe bei fast wolkenlosem Himmel.

Bomben über Versailles.

Genf, 11. März. (Z. U.) Aus Versailles und Umgegend trafen weitere Meldungen über starke Brände ein, die durch Fliegerbomben entstanden. Über die an Militäranstalten und Privathäusern in den Pariser Vororten angerichteten Verheerungen dürfen nur kurze Andeutungen gebracht werden. Die Gesamtzahl der Toten beträgt bisher 20, einschließlich der in Hospitälern Gestorbenen; die der Verwundeten etwa 60.

Die Einstellung der Feindseligkeit.

Berlin, 11. März. Am 5. März hat der Ober-befehlshaber Ost einen Funkspruch an den Ober-befehlshaber Ost gerichtet, in dem auf die Bestimmung des Friedensvertrags hingewiesen wird, nach der die Feindseligkeiten eingestellt werden und fragt, ob alle An-ordnungen getroffen worden sind, daß diese Feindselig-keiten eingestellt werden. Daraufhin erfolgte am 6. März vom Oberbefehlshaber Ost nachstehende Drahtantwort: „An die russische Oberste Heeresleitung! Die Einstellung der Feindseligkeiten war deutscherseits für den 3. März um 1 Uhr nachmittags beschlossen worden. Wenn es trotzdem am 4. März noch zu einzelnen Kämpfen ge-kommen ist, so wird dies deutscherseits bedauert. Nach den hier vorliegenden Meldungen war die Ursache einer-seits der Widerstand, der in Rußland und in der Ukraine dem rechtmäßigen Vormarsch der deutschen Truppen durch russische Truppen an einzelnen Stellen noch ent-gegengesetzt wurde. Andererseits haben leider auf groß-russischem Gebiet einige Kämpfe mit weniger organi-sierten Banden stattfinden müssen, die die Feindselig-keiten gegen deutsche Truppen aufnahmen. Es ist der lebhafteste Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß auch diese Kämpfe bald völlig aufhö- und daß andererseits die dazu erforderlichen Anordnungen getroffen werden.“ Danach erliegen sich die tendenziös in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten.

Der deutsch-russische Zusatzvertrag.

Berlin, 11. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ver-öffentlicht den Wortlaut des deutsch-russischen Zusatz-vertrags. Dieser behandelt in zehn Kapiteln folgende Fragen: 1. Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen. 2. Wiederherstellung der Staatsverträge. 3. Wiederherstellung des Privatrechts. 4. Ersatz für zivil. Schäden. 5. Austausch der Kriegs-gefangenen und Zivilinternierten. 6. Fürsorge für Rück-mandanten. 7. Amnestie. 8. Behandlung der in die Ge-walt des Gegners geratenen Kaufschiffe und Schiffs-ladungen. 9. Organisation des Spitzberger-Archipels. 10. In der Schlussbestimmung wird festgesetzt, daß der Zusatzvertrag, soweit darin nicht ein anderes bestimmt ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft tritt.

Der russische Friede vor der Ratifizierung.

Haag, 11. März. (Z. U.) Die „Times“ erzählt aus Petersburg, daß die Bewegung zu Gunsten der Ratifizierung des Friedensvertrages im Zunehmen ist. Es kann nicht mehr daran gezweifelt werden, daß der Sowjet-Kongreß in Moskau den Vertrag ratifizieren wird. Infolge der künftigen Maßnahmen gegen eine Gegen-revolution in Petersburg herrscht augenblicklich völlige Ordnung in der Stadt.

Erste Unruhen in England.

Berlin, 11. März. Der „Brischer Tagesanzeiger“ meldet laut „Voss. Ztg.“ große Unruhen in England, die erst nach einem Eingreifen des Militärs ein Ende fanden. Der „Tagesanzeiger“ bezieht sich auf englische Nachrichten und folgert aus diesen, daß es sich um reguläre Auf-stände gehandelt habe, deren Ursachen in der Einberufung der Arbeiter und in der Lebensmittelknappheit zu suchen sind. In Leith und Edinburgh kam es zu wahren Kämpfen zwischen der Menge und den Truppen. In London selbst kam es im Stadtteil Camden Town zu ersten Unruhen, bei denen Lebensmittelgeschäfte geplündert wurden. Die Unruhen konnten erst durch Territorial-truppen niedergeschlagen werden, wobei mehr als 50 Personen verwundet wurden.

Tschitscherin Nachfolger Trotskijs?

Stockholm, 11. März. (H.) Den Petersburger Blättern zufolge bestimmte der Rat der Volkskommissare Tschitscherin zum Nachfolger Trotskijs. Trotski wird übrigens nach Ansicht hiesiger politischer Kreise seine füh-

rende Rolle innerhalb des zentralen Tätigkeitsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates beibehalten und lite-rarisch als Sozialkritiker zu den künftigen politischen Problemen Stellung nehmen.

Die Verlegung der Hauptstadt nach Moskau

Stockholm, 10. März. (H.) Die Verlegung aller Staatseinrichtungen von Petersburg nach Moskau wird durch ein nur von Lenin unterzeichnetes Dekret bekannt gegeben. In Petersburg bleibt nur der bis-herige Volkskommissar für Bildungswesen Lunatscharski zurück als Vertreter der Regierung mit weitgehenden Vollmachten. Die letzten Nummern der offiziellen Organe „Pravda“ und „Iswestija“, vor deren Übersiedelung nach Moskau, erscheinen in Petersburg am 10. März.

Stoßen der Verhandlungen zwischen Japan und der Entente.

Genf, 10. März. (Z. U.) Wie aus Paris gemeldet wird, sind die Verhandlungen mit Japan ins Stocken geraten. Die von der amerikanischen Regierung gemachten Einwendungen sind so schwerwiegend, daß die Ententerregierungen sich darüber besprochen haben, ehe die Verhandlungen mit Japan weiter geführt wurden. Es wurde die Möglichkeit angeführt, daß das russische Volk in seiner Verstimmlung über das japanische Ein-greifen sich vollkommen in die Arme der Mittelmächte werfen könnte und daß die Mittelmächte diese Strömung so weit ausnützen würden, um Rußland in den Krieg gegen die Entente zu treiben. Die weiteren Verhand-lungen über die japanische Einmischung sollen, wie ver-lautet, Anfang der nächsten Woche, sobald das Einver-nehmen erreicht werden ist, wieder aufgenommen werden.

Deutschland.

Berlin, 11. März.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei trat am Sonntag zu einer Sitzung zusammen. Zunächst wurden einige Zuwahlen in den Vorstand vorgenommen und außer einigen Pressvertretern auch einige Frauen hineingewählt, u. a. Frau Vossfermann-Mannheim. Dann hielt Stresemann einen Vortrag über die auswärtige Politik, der nichts Neues brachte und in dem er auch u. a. erklärte, mit Bestimmtheit alle Gerüchte von einer Verschiebung der Offensive und von Verhandlungen mit England und Frankreich zurückweisen zu können. Es liege nicht die geringste Erklärung von französischer oder englischer Seite vor, die als Grundlage für Verhandlungen dienen könne. Die Oberste Heeresleitung werde für die Offensive einen Zeitpunkt bestimmen, wie sie es für angebracht hält. „Unsere Politik“, so führte er weiter aus, „ist von dem Bestreben eingenommen, die Regierung und die Mehrheitsparteien von der Resolution des 19. Juli fortzureißen. Praktisch haben wir es auch dahin gebracht, daß ein Friedensschluß, der im Gegensatz zur Politik des 19. Juli steht, Zustimmung aller bürgerlichen Parteien gefunden hat. Wir werden uns aber von den Extremen der anderen Seite nicht fortreißen lassen. Nichts ist für eine nationale Politik nach außen so schädlich gewesen wie der Ton und die Art, mit der die „Deutsche Zeitung“ Politik treibt und die nationalliberale Politik angreifen hat. Der Abgeordnete der Reichstags-fraktion, der bisher dem alldeutschen Verband angehört, wird auch die Folgerungen daraus ziehen, daß der all-deutsche Verband nicht den Mut gefunden hat, von diesem Angriff abzurufen.“ Die diesem Vortrag folgende Debatte endete mit dem Ausdruck des Dankes an die nationalliberale Reichstagsfraktion für ihre Haltung auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Dann sprach Paasche über die innere Politik. Er ging dabei aus-führlich auf die Frage des gleichen Wahlrechts ein und befürwortete, nachdem er ein Bild der ganzen Reform-bewegung gegeben hatte, die Annahme der Regierungs-vorlage über die Einführung des allgemeinen direkten und gleichen Wahlrechts. Nach ihm sprach der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion Dr. Lohmann, der ausführlich die Gründe darlegte, aus denen die Mehrheit der Landtagsfraktion zu einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts gelangte. Zur Abstimmung stand folgende Resolution: „Der Zentralvorstand hält die Einführung des gleichen Wahlrechts für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus für eine Staatsnotwendigkeit und bittet daher die Landtagsfraktion, unter Zurückstellung gewichtiger Bedenken sich auf den Boden der Regierungs-vorlage zu stellen.“ Bei der Abstimmung gaben von den preussischen Mitgliedern des Zentralvorstandes 61 ihre Stimme dafür, 21 dagegen ab. Von den übrigen Mitgliedern stimmten 40 für, 3 gegen die Resolution. Die Resolution wurde also mit insgesamt 104 gegen 24 Stimmen angenommen.

— Wien, 11. März. Kaiserin Zita ist gestern vormittag 10 Uhr 40 Minuten in Baden von einem Prinzen entboren worden. Die hohe Wöchnerin und der neugeborene Prinz befinden sich wohl. — Der 1911 geschlossenen Ehe Kaiser Karls mit der Prinzessin Zita von Parma entstammten bisher vier Kinder, drei Söhne und eine Tochter, von denen der Kronprinz Franz Josef Otto fünfeinhalb Jahre alt ist.

© Die auslosbaren $4\frac{1}{2}\%$ Schahanweisungen der 8. Kriegsanleihe. Wie bereits mitgeteilt, werden zur 8. Kriegsanleihe neben den 5prozentigen Schuldverschreibungen wiederum $4\frac{1}{2}\%$ prozentige Schahanweisungen ausgeben, die den Ausgabebedingungen nach mit den zur 6. und 7. Kriegsanleihe aufgelegten Schahanweisungen übereinstimmen. Der Ausgabekurs von 98 pCt. gewährleistet den Zeichner einen Zinsgenuß von 4,6 pCt. und der Auslosungskurs von 110 pCt. eröffnet ihnen die Aussicht auf einen Gewinn von 12 pCt. Die Schahanweisungen werden halbjährlich gruppenweise ausgelöst und müssen spätestens zum 1. Juli 1967 getilgt sein. Der Auslosungsgewinn kann im übrigen in späteren Jahren noch größer werden, weil bei einer Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 pCt., die — in Folge der Kündigung — frühestens am 1. Juli 1927 erfolgen kann (aber erst viel später zu erfolgen braucht), der Auslosungskurs auf 115 pCt. heraufgesetzt wird. Bei einer weiteren Herabsetzung des Zinsfußes auf $3\frac{1}{2}\%$ pCt., die das Reich frühestens 10 Jahre nach der ersten Kündigung vornehmen kann, steigt der Auslosungskurs, sogar auf 120 pCt. Wer aber von diesen gesteigerten Gewinnmöglichkeiten von 17 pCt. oder 22 pCt. keinen Gebrauch machen will, kann sich bei jeder der beiden Kündigungen seine Schahanweisungen zum Nennwert (nicht zum Ausgabekurs) auszahlen lassen. Unter diesen Umständen wird auch bei Manchem der Wunsch rege werden, seinen Besitz an früheren Kriegsanleihen in neue $4\frac{1}{2}\%$ prozentige Schahanweisungen umzutauschen. Entgegenkommender Weise hat daher die Reichsfinanzverwaltung bestimmt, daß die Zeichner von $4\frac{1}{2}\%$ prozentigen Schahanweisungen zugleich den doppelten Betrag der vorher erwähnten Papiere umtauschen können. Die günstigen Gewinnaussichten, die Verringerung der Anzahl der Schahanweisungen durch die Tilgung, ferner die gute Verzinsung werden, zumal die glücklichen Besitzer von ausgelosten Stücken stets geneigt sein werden, sich Ersatzstücke zu beschaffen, zweifellos die beste Wirkung auf den Kursstand dieses Wertpapiers ausüben. Die Entscheidung, ob man Schuldverschreibungen oder Schahanweisungen wählen soll, muß natürlich jeder selbst treffen. Aber gerade für denjenigen, der sein Geld auf längere Zeit anlegen will, bilden die $4\frac{1}{2}\%$ prozentigen Schahanweisungen infolge des sicheren Gewinnes eine vorzügliche Kapitalanlage. Daher sollte jeder Kapitalist, insbesondere die großen Vermögensverwaltungen, die Banken, Sparkassen, Genossenschaften, Versicherungsgesellschaften, industriellen Unternehmungen usw. der Frage der Zeichnung von Schahanweisungen besondere Beachtung schenken. Die erste Auslosung dieses anlässlich der 6. Kriegsanleihe neuerschaffenen Wertpapiertyps hat übrigens schon stattgefunden. Am 1. Juli d. Js. werden vier Gruppen der Schahanweisungen mit 110 pCt. zurückbezahlt. Den Inhabern der Schahanweisungen der 8. Kriegsanleihe winkt die erste Auslosung ebenfalls sehr bald, nämlich im Januar nächsten Jahres, und zwar wird im ersten Auslosungstermin, um diese neuen Schahanweisungen denen der 6. und 7. Kriegsanleihe völlig gleichzustellen, die dreifache Anzahl von Gruppen wie in den gewöhnlichen Terminen ausgelöst werden.

Bern, 12. März (W. B.) Nach Pariser Blättermeldungen wurden englische und japanische Kriegsschiffe zur Überwachung nach Wladiwostok entsandt. Die anässigen Japaner wurden nach Japan zurückgeschickt.

Der Magistrat.

293. Baurhenn.